

Frank Ahland

Gegen alles Front machen, was der Demokratie gefährlich werden kann. Ludwig Rosenberg und die Verarbeitung des Nationalsozialismus

„After having visited Germany and lived there for six months after the defeat I have come to the conclusion that it is not so much the indoctrination with Nazi mentality or, if one wants to call it so, „ideology“, which can be observed as prevalent in Germany but much more the nearly complete lack of any clear understanding or knowledge of the most elementary things and of the world in general.“

Als der spätere Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ludwig Rosenberg diese Worte im Februar 1946 niederschrieb, war er erst seit wenigen Wochen wieder zurück in Großbritannien, wohin er sich im Juni 1933 geflüchtet hatte.¹ Der 1903 in Charlottenburg bei Berlin Geborene entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Nach dem Besuch des Realgymnasiums wandte er sich von der merkantilen Familientradition ab, aufgrund fehlender Hochschulreife wurde er auch nicht Anwalt wie sein Onkel. Stattdessen begann er in Folge der Novemberrevolution und der Nachkriegskrise politisierte Rosenberg eine Laufbahn im Gewerkschaftsbund der Angestellten, einem liberalen Verband. Im Frühjahr 1933 gekündigt und mutmaßlich von politischer Verfolgung bedroht, emigrierte er im Juni nach London.

Nach jahrelanger kärglicher Existenz als Journalist, Vortragsreisender und Kaufmann sowie einer siebenmonatigen Internierung als feindlicher Ausländer fand Rosenberg zwischen 1941 und 1944 sein Auskommen als Angestellter des britischen Arbeitsministeriums, in dessen Auftrag er deutsche und österreichische Flüchtlinge in die britische Kriegswirtschaft eingliederte. Im Rahmen seines Engagements für die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter und die Union deutscher sozialistischer Exilorganisationen in Großbritannien beteiligte er sich an der Rundfunkpropaganda des Deutschen Dienstes der British Broadcasting Corporation. An der Sendung „Arbeiterstunde“, die von April 1940 bis Mai 1945 zweimal in der Woche, montags und donnerstags, jeweils morgens und abends, unter der Leitung Patrick Gordon Walkers ausgestrahlt wurde, beteiligte sich neben Willy Eichler, Werner Klatt, Waldemar von Knoeringen und Richard Löwenthal auch Rosenberg mit gelegentlichen Kommentaren. In der Regel sprachen die Exulanten ihre Texte selbst, jedoch blieb ihr Name unerwähnt. Über den Inhalt der Kommentare Rosenbergs ist nichts bekannt.²

1 Die Darstellung stützt sich auf meine Dissertation „Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter“ an der Ruhr-Universität Bochum, 2002, digital veröffentlicht unter „Elektronische Dissertationen“ auf der Internetseite <http://www.ub.ruhr-uni-bochum.de>.

2 Conrad Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Deutschsprachige Rundfunkaktivitäten im Exil 1933–1945. Ein Handbuch (Rundfunkstudien, Bd. 3), München u. a. 1986, S. 90, S. 93; Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in

Darüber hinaus stellte er sich auf Anraten Hans Gottfurchts, der der Landesgruppe vorstand, in den Dienst des Office of Strategic Services (OSS), des noch jungen Geheimdienstes der USA, für den er im Rahmen der so genannten research work Ausarbeitungen über die Arbeiter und die Arbeiterbewegung in Deutschland und über die Herrschaftsstrukturen des „Dritten Reiches“ erstellte. Wie nicht wenige politische Exulanten glaubte auch er, damit Einfluss auf die Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition nehmen zu können. blieb diese Strategie auch erfolglos, so führte sie doch den auf Rückkehr drängenden Rosenberg bereits wenige Wochen nach Kriegsende auf eine geheimdienstliche Mission nach Deutschland, über deren Hintergründe nur wenig bekannt ist. Die Monate von Juni bis Dezember 1945 verbrachte er im Auftrag der Field Base C des OSS in Wiesbaden.³

Die Debatte über die DAF

An den Diskussionen des Exils um die künftige politische Gestaltung Deutschlands beteiligte sich Rosenberg intensiv. In diesem Rahmen blieb lange Zeit die Frage ungeklärt, ob die neue demokratische Gewerkschaft den Apparat der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der nationalsozialistischen Pseudogewerkschaft, übernehmen und umgestalten könne oder aber zerschlagen müsse. Fritz Tarnow hatte von Stockholm aus die Diskussion angefacht, als er schon Ende 1939 in einem Programm zur künftigen Arbeit der von ihm geleiteten Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften gefordert hatte, das Exil solle geeignete Pläne zur Umgestaltung der DAF in eine echte gewerkschaftliche Interessenvertretung ausarbeiten. Zwar stieß er mit seinem Vorstoß zur „Rückeroberung der DAF“ selbst im Stockholmer Exil auf starken Widerspruch, doch machte sich die Mehrheit der dortigen Landesgruppe noch 1944 seine Position zu eigen, während Tarnows Gefolgsleute in Großbritannien in einer klaren Minderheitsposition blieben. Gottfurcht hatte gar, um diesen Streit und den befürchteten, damit verbundenen Schaden zu vermeiden, zu verhindern versucht, Tarnows Überlegungen auf den britischen Inseln verbreiten zu lassen. Doch auch in London flammte die Diskussion immer wieder auf.⁴

In der Debatte um die Zukunft der DAF ergriff auch Rosenberg das Wort. In der dritten Ausgabe der von der Landesgruppe herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit“ hatte Gottfurcht im Mai 1941 eine Auseinandersetzung um den Aufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des Nationalsozialismus angeregt. In seinem einleitenden Beitrag hatte er einige offene, umstrittene Themen benannt, darunter vor allem das Verhältnis zwischen der Gewerkschaft

Großbritannien“ 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 19), Bonn 1998, S. 5, Anm. 5. Das Written Archive Center der BBC in Reading verfügt laut Schreiben vom 14. Januar 2002 über keinerlei Hinweise auf Rosenbergs Tätigkeit während des Kriegs. Erstmals für 1946 sind Sendungen im German Workers Programme nachgewiesen, von denen jedoch keine Typoskripte vorliegen.

3 Siehe u. a. den undatierten, etwa im November 1945 verfassten Lebenslauf Ludwig Rosenbergs im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, Bestand Nachlass Hans Gottfurcht, Kasten 34.

4 Michael Fichter: Einheit und Organisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Aufbau 1945 bis 1949, Köln 1990, S. 32 f.; Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 56, 241 f.

und den Parteien, die Ausgestaltung der Unabhängigkeit der Gewerkschaft gegenüber dem Staat, die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und die Einflussmöglichkeiten auf die Gesetzgebung.⁵ Als erster der insgesamt fünf Teilnehmer an der Debatte nahm Rosenberg den Ball auf; dabei betonte er wiederholt, die Klärung aller strittigen Sachverhalte der weiteren Diskussion zu überlassen, während er zugleich – beinahe unauffällig – an einzelnen Punkten klar Stellung zu beziehen verstand. Er äußerte sich insbesondere zur Zukunft der DAF und machte dabei deutlich, dass er es für unumgänglich halte, die DAF zu übernehmen: „Wir werden vor so gewaltigen und wichtigen Aufgaben stehen“, erklärte er, „dass wir ganz gewiss zunächst einmal den vorhandenen Apparat übernehmen müssen, welche Nachteile er auch in vieler Hinsicht bieten mag, und genug zu tun haben werden, ihn mit unserem Geist und unserem Willen zu erfüllen.“⁶ Rosenberg hatte sich damit die Position Tarnows zu eigen gemacht, ohne ihn auch nur zu erwähnen.⁷ In der Debatte ging einzig Willi Derkow, Mitglied des Arbeitsausschusses, auf Rosenberg ein und schloss sich ihm weitgehend an: „Es wäre töricht“, so Derkow zur DAF, „sie aus rein gefühlsmäßigen Erwägungen heraus zu zerschlagen. Unsere Aufgabe muss es vielmehr sein, sie zu polieren und ihr den rechten Inhalt zu geben.“⁸

Wenn Gottfurcht – und mit ihm die Mehrheit des Exils – einer Übernahme der DAF skeptisch bis schroff ablehnend gegenüberstand, so fürchtete er nicht zuletzt die Fortwirkung des so genannten Führerprinzips in der Organisation. Und dieser Befürchtung konnte sich auch Rosenberg nicht entziehen, so formulierte er 1974 rückblickend in einem Gespräch in Hinblick auf die Debatten des Londoner Exils: „Wir hatten zwar die Vorstellung einer Einheitsgewerkschaft mit einer sehr starken Zentrale. Auf der anderen Seite mit einer gewissen Autonomie. Wir hätten uns wahrscheinlich für eine völlig zentrale Gewerkschaftsbewegung entschieden, ich habe ja diese Diskussion mitgemacht, wenn damals nicht ebenso wie später dann die Angst bestanden hätte, wir machen eine neue Arbeitsfront auf. Das heißt also, mit dieser furchtbar starken Zentrale.“⁹ In dieser skeptischen Aussage Rosenbergs spiegelt sich die kontroverse Diskussion des Londoner Exils wider, denn auch in den Jahren nach 1941 blieb die Debatte virulent. Noch im Februar 1944 beriet eine Landeskonferenz über die Frage und forderte die Auflösung der DAF. Erst als die Alliierten um die Jahreswende 1944/1945 beschlossen, die DAF nach der Kapitulation der Deutschen aufzulösen, verstummten die Diskussionen des Exils.¹⁰

5 Hans Gottfurcht: Aufbau, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 3, S. 2 f.

6 Ludwig Rosenberg: Zum Thema „Aufbau“, in: ebd. 1 (1941), Heft 4, S. 7.

7 Anders: Siegfried Mielke/Peter Rütters: Die Deutsche Arbeitsfront (DAF): Modell für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau? Diskussion in der Emigration und in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München u. a. 1995, S. 681, die Rosenberg implizit, jedoch fälschlicherweise den Gegnern des Konzepts der Übernahme der DAF zurechnen.

8 Willi Derkow: Aufbau, in: Die Arbeit 1 (1941), Heft 6, S. 9.

9 Gespräch mit Ludwig Rosenberg, früherem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, am 11. Februar 1974 in Düsseldorf, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 10.1 und 10.2, Blatt 6.

10 Fichter: Einheit und Organisation, S. 33.

Die Auseinandersetzung um die DAF verdeutlicht bereits ein durchgängiges Muster. Das Exil diskutierte keineswegs jenseits der realen Umsetzbarkeit in Deutschland, im luftleeren Raum gewissermaßen, stattdessen rang es darum, zu konkreten Problemen der Gestaltung der Nachkriegsordnung Stellung zu beziehen und damit die alliierten Positionen zu beeinflussen. Dass es hingegen nach der Beschlussfassung der Anti-Hitler-Koalition keine Zukunft der DAF, in welchem Rahmen auch immer, geben könne, verstand sich für die Exilanten von selbst.

(Um-)Erziehung zur Demokratie

Wie gering die Einflussmöglichkeiten der Exilanten auf die Deutschlandpolitik der Alliierten waren, wird erst in der Rückschau deutlich. Den Zeitgenossen stellte sich die Situation anders dar. Und so verwundert es auch nicht, dass Rosenberg bald nach seiner Rückkehr nach Großbritannien Anfang 1946 eine neunseitige Denkschrift in englischer Sprache verfasste, in der er aufgrund der Erfahrungen seines Deutschland-Aufenthalts detaillierte Vorstellungen entwickelte, wie die Erwachsenenbildung nach britischem Vorbild umgestaltet werden könne.¹¹

In diesem Memorandum beschrieb Rosenberg, wie der Nationalsozialismus seiner persönlichen Beobachtung nach auf die Deutschen eingewirkt habe. Darin widersprach er der damals in Großbritannien bei Militärbehörden und den politischen Parteien vorherrschenden, an Vansittart angelehnten Kollektivschuldthese, der totalitäre Charakter des nationalsozialistischen Staates habe alle Lebensbereiche der Deutschen bis hinein in die Einstellungen und Wertvorstellungen vollständig überformt, der Nationalsozialismus habe sich gar zur Lebensauffassung der Deutschen schlechthin verfestigt. Er bescheinigte dem Nationalsozialismus einen Erfolg nur insoweit, als er es vermocht habe, den Durchschnittsdeutschen von Nachrichten, Wissen und Information abzuschneiden, die ihm ein wahres Bild von den Vorgängen auf der Welt hätten vermitteln können.

Trotz der ununterbrochenen Propaganda und der listigen Bemühungen ihrer politischen Erziehung hätten die Nazis in den Köpfen der meisten Deutschen kein nationalsozialistisches Weltbild, sondern vielmehr ein Vakuum hinterlassen. Diese Deutschen – so Rosenberg – misstrauten allem, gleich, ob es gesprochen, geschrieben oder ihnen über die „Aufklärungs“-Agenturen des Nationalsozialismus vermittelt wird. Der Durchschnittsdeutsche nehme die Haltung ein, nichts zu glauben, irgendwie durchzukommen, ohne zu fragen oder nachzuforschen, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Er stehe stattdessen allem und jedem skeptisch gegenüber. Das mache ihm das Leben angenehmer und sicherer, bringe ihn aber der Wahrheit nicht näher. Vor allem mit diesem Menschentyp habe man es heute in Deutschland zu tun. Ihr Skeptizismus¹², so Rosenberg weiter, diene lediglich der Flucht und

11 Ludwig Rosenberg: *Adult Education in Germany. A memorandum regarding the formation of a German adult educational movement*, Februar 1946, DGB-Archiv im AdSD, Nachlass Hans Gottfurcht, Kasten 15.1. Daraus auch das einleitende Zitat.

12 Vgl. Gerhard Beier: *Volksstaat und Sozialstaat. Der Gründungskongress in München 1949* und Hans Böcklers Beitrag über die Stellung der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat, in: ders.: *Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen* (Schriftenreihe

tarne das Vakuum in ihren Köpfen und in ihrer Bildung, das sie sich nicht einzugestehen vermögen. Weder könnten sie einer ihnen vorgebrachten Meinung Glauben schenken, noch ihr widersprechen. Sie fänden sich nun in die neue Situation ein und akzeptierten die Demokratie, wie sie zuvor den Nationalsozialismus akzeptiert hätten, jedoch ohne wirkliche Überzeugung und ohne Widerspruch. Sie versuchten lediglich, das Beste daraus zu machen.

Dieser Mehrheitshaltung unter den Deutschen könnten nach Rosenbergs Auffassung auch jene Hunderttausende oder gar Millionen nichts entgegensetzen, die dem Nationalsozialismus widerstanden haben. Sie seien zu wenige, um die Mehrheit ändern oder beeinflussen zu können, trotz ihrer heldenhaften Aufopferung und ihres verzweifelten Kampfes gegen die Staatsmacht der Nazis und die Dummheit der Massen. Und schließlich hätten auch sie, von denen der Wiederaufbau Deutschlands abhängt, einen dringenden Bedarf an Bildung. Sie seien sich ihres Bildungsvakuums schmerzhaft bewusst, sie seien ängstlich, sich das intellektuelle Rüstzeug zu besorgen, das unentbehrlich sei für den Krieg gegen Dummheit und falsche Lehren. Wissbegierig und willig zu lernen, bildeten sie die fortschreitende Garde des neuen Deutschland. Sie bedürften daher der besonderen Unterstützung für ihre selbst auferlegte Aufgabe. Ihnen glaubwürdige Informationen und Anleitungen zu verschaffen, gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der Bildungsarbeit.

Die Umerziehung der Deutschen müsse als erstes die falsche Schlaueit und den Skeptizismus überwinden. Ihn gelte es, so Rosenberg, durch den Glauben an wahre Werte zu ersetzen, an die Wahrheit um ihrer selbst willen, an die Wiedererschaffung einer freien Persönlichkeit, eines offenen Geistes und eines prüfenden und forschenden Herzens. Dann erst könne man darangehen, unparteiisch über Fragen und Probleme unserer Zeit zu lehren und die Schüler ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen und ihre eigene Meinung bilden zu lassen. Demokratie, Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit sowie ihre Widersacher durch die gesamte Geschichte der Menschheit hindurch müssen den Schülern als erstes nahe gebracht werden, um sie die Werte verstehen und schätzen zu lehren, auf denen eine wahre Gesellschaft von Menschen beruhen soll und kann. Die Schüler selbst müssten diesen Werten eines Tages vertrauen, nicht weil sie ihnen vorgeschrieben werden oder weil es ihnen Vorteile verschaffen kann, sondern weil sie ihnen für ein wahrhaftiges und erfülltes Leben unentbehrlich geworden sind. Erst dann könnten sie, so Rosenberg, eine eigene Meinung formen und sie in die Praxis umzusetzen versuchen.

Diese Ziele sollte eine neu aufzubauende Institution der Erwachsenenbildung nach dem Vorbild der britischen Workers' Educational Association (WEA) vermitteln. Rosenberg, der in den 1930er Jahren selbst für die WEA tätig gewesen war, unterbreitete seinen Vorschlag dem WEA-Generalsekretär Ernest Green, jedoch verliefen sämtliche Bemühungen im Sande. Schuld daran war keineswegs Rosenberg, der sich selbst, zwar verklausuliert, aber dennoch deutlich, als Generalsekretär einer deutschen WEA ins Gespräch brachte. Vielmehr ist allge-

der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 24), Köln 1981, S. 392. Der Autor hat mit einigem Recht darauf aufmerksam gemacht, dass Rosenberg hier die Charakterisierung der später von dem Soziologen Helmut Schelsky unter dem Begriff der „skeptischen Generation“ beschriebenen HJ-Generation bereits sehr treffend vorweggenommen habe.

mein festzustellen, dass es die Exulanten waren, die über den geringsten Einfluss in der Debatte um die Re-education der Deutschen verfügten.

Dennoch, Bildung und Erziehung nahmen als Schlüsselbegriffe in Rosenbergs Denken einen herausragenden Platz ein. Demokratie war ohne Bildung nicht denkbar. Sie war letztlich keine Frage der parlamentarischen Regularien, sie war allein denkbar als ein Lebensstil, eine spezifische Haltung dem Leben gegenüber. Ein demokratischer Geist müsse, ganz im Sinne des US-amerikanischen Philosophen John Dewey, alle Bezirke des menschlichen Daseins erfassen, ungehinderten Gedankenaustausch aller Glieder einer Gesellschaft gewährleisten, sich durch den Austausch von Ideen in der Diskussion bis zum Fällen einer Entscheidung, die sich in der Praxis bewähren müsse, sich durch ein Geben und Nehmen auszeichnen.¹³

Rückkehr nach Deutschland

Von der Idee eines demokratisch-sozialistischen Deutschlands getrieben, hatte Rosenberg nie einen Zweifel daran gelassen, nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Tyrannei nach Deutschland zurückkehren zu wollen, sobald sich eine Gelegenheit dazu bieten sollte.¹⁴ Doch trotz der Hilfe von Hans Gottfurcht, der sich seit dem Herbst 1944 um die Repatriierung rückkehrwilliger deutscher Flüchtlinge bemühte, gelangte Rosenberg erst im Herbst 1946 wieder auf deutschen Boden. Vorausgegangen war eine Besprechung Gottfurchts mit Hans Böckler während seiner Deutschlandreise im März und April 1946.¹⁵ Dabei empfahl Gottfurcht seinen jungen Kollegen für die Funktion des Leiters des neu zu bildenden Zonensekretariats, das die Verbindung zwischen dem sich gründenden Deutschen Gewerkschaftsbund für die Britische Zone und der britischen Militärregierung herstellen sollte. Bald darauf diskutierte der Zonenausschuss teils heftig über die Besetzung des Zonensekretariats und die Anstellung Rosenbergs. Dabei brachten mehrere Teilnehmer deutliche Vorbehalte gegen „Emigranten“ zur Sprache.¹⁶ So erklärte Albin Karl, Vertreter der Allgemeinen Gewerkschaft in Hannover, „dass es seiner Auffassung nach nicht richtig ist, die

13 Ludwig Rosenberg: Die Gewerkschaften im demokratischen Staat, in: *Solidarität. Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit* 13 (1963), S. 87. Der Artikel fußt auf der gleichnamigen Rede vor dem hessischen Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 2. März 1963 in Kassel, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Ludwig Rosenberg, Kasten 6. Rosenberg hielt die Rede noch des Öfteren, so auf der Bremer Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im Frühjahr 1963. Ebd., Bestand Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 16. Öffentliche Aufmerksamkeit fand er mit ihr jedoch erst auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil und Bekleidung am 15. September 1963 in Hannover. Ebd., vergleichbare Zitate finden sich aus dem gesamten Zeitraum zwischen 1947 und 1977, in dem Rosenberg eigenhändig verfasste Reden hielt und weit über die Gewerkschaftspresse hinausreichende Artikel schrieb.

14 Siehe dazu u. a. Rosenbergs Einträge in die von Gottfurcht erstellten Listen rückkehrwilliger Flüchtlinge von 1944, Herbst 1945 und Februar 1946 im DGB-Archiv im AdsD, Nachlass Hans Gottfurcht, Kasten 15.1.

15 Hans Gottfurcht: Bericht über Deutschlandreise, 6.3.–30.4.1946, AdsD, Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Akte OSS/Berichte über Deutschlandreisen, Kap. VIII, Bl. 1ff.

16 Karl Lauschke: Hans Böckler, Bd. 2, *Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945–1951*, Essen 2005, S. 49 f.

Kollegen aus der Emigration sofort in führende Stellungen zu bringen, da sie mit einer ganz anderen Auffassung hier herübergekommen (sind) und nicht das vertreten können, was wir unbedingt brauchen“. Und Hans vom Hoff, der Rosenberg als „sehr sachlich“ beschrieb und als einen Mann, „mit dem man unbedingt gut zusammenarbeiten kann“, stimmte Karl zu, „als wir einen von draußen kommenden Kollegen nicht sofort mit einem so wichtigen Posten betreuen können“. Rosenberg wurde schließlich zum Sekretär des Zonensekretariats an der Seite Werner Hansens berufen.¹⁷ Zum Sitz des Büros wurde Bielefeld bestimmt.

Rosenberg trat die Stelle Ende September 1946 an. Und schon bald bot sich ihm Gelegenheit, die Veränderungen in der deutschen Gesellschaft seit den unmittelbaren Nachkriegsmonaten genauer zu studieren. Hatte er in seinem Memorandum vom Februar noch hauptsächlich das Misstrauen und die Skepsis der deutschen Bevölkerung hervorgehoben und die Möglichkeiten ihrer Umerziehung betont, so beklagte er sich nun mit fühlbarem Groll über jene Versuche des durch den Nationalsozialismus vollends desavouierten Bürgertums, vorgetragen vor allem von ehemaligen Anhängern der Nazis, sich als geläuterte Demokraten zu geben. Rosenberg hatte erlebt, wie ein Staat mit demokratischem Regelwerk, jedoch ohne Demokraten – oder richtiger: mit zu wenigen, zu schwachen Verteidigern der Demokratie – in seinen Grundfesten erschüttert und in kürzester Zeit in ein offen terroristisches Regime mit Massenanhang verwandelt werden konnte. Daher blieb ihm fortan die bloße Beteuerung suspekt, ein Demokrat zu sein, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten. Ja, er sah das Missverhältnis, dass sich jene, die sich nicht mit den Nazis gemein gemacht hatten, im Nachkriegsdeutschland von manchen belehren lassen mussten, die wenige Jahre zuvor noch „Sieg Heil!“ geschrien hatten. Polemisch nannte er sie „Patentdemokraten“ oder auch „patentierete Patrioten“.¹⁸

Journalistisch-literarische Betrachtungen

Zeit seines Lebens betätigte sich Rosenberg journalistisch. In einigen seiner ersten Zeitungsartikel für die in Bielefeld erscheinende sozialdemokratische Freie Presse, die er neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit für die Gewerkschaften schrieb, schilderte er im Herbst 1947 seine Erfahrungen mit der Aufarbeitung des Geschehenen, die Reaktionen, die er erhielt, wenn er „den Nazis ihre Schandtaten und ihre Gesinnungslosigkeit“ vorhielt. Man müsse Toleranz üben, dürfe keinen Hass predigen und kein Unheil stiften, sei ihm dann vorgehalten worden. Und er folgerte:

17 Protokoll der 2. Tagung des gewerkschaftlichen Zonenausschusses, 30. Mai–1. Juni 1946 (Auszug), in: Siegfried Mielke (Hg.): Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945–1949, Köln 1987, S. 380ff.

18 Siehe beispielsweise Rosenbergs Referat „Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“, undatiert (1954), AdsD, Bestand Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 16.

„Man fragt sich nun, ist es die Aufgabe demokratischer Toleranz, den Uebeltäter zu schonen – seine Gefühle nicht zu verletzen – seine Besserung und Bekehrung als gegeben anzunehmen, wenn er uns täglich das Gegenteil beweist? Ist es demokratisch, allen denen gegenüber tolerant zu sein, die Anstand mit Schwäche, Entgegenkommen mit Feigheit und Rücksicht mit Dummheit gleichstellen? Ist Demokratie ein Gesellschaftsspiel oder eine lebendige Lebensform? Muß man nicht überall – ob in den Reihen der Gegner oder der Freunde – gegen alles Front machen, was dieser Lebensform gefährlich werden kann? Darf man das nur bei seinen Freunden oder ist es einem Demokraten auch erlaubt, seine Gegner zu kritisieren? Darf er sich dadurch von dieser seiner Pflicht abschrecken lassen, weil ihn irgendwer deshalb hassen könnte – darf er sich mit Unrecht und Uebel, wo immer es sein ekelhaftes Antlitz erhebt, abfinden – darf er tolerant gegen das Böse sein? Darauf antworten – klar und unzweideutig antworten – ohne Schönrederei und ohne allgemeines Moralisieren ist ein Gebot, dem sich keiner entziehen darf, der Demokratie ernst und heilig nimmt.“¹⁹

Und in einem im selben Jahr entstandenen, für private Zwecke bestimmten Gedicht unter dem Titel „Die Neu-Demokraten“ heißt es:²⁰

„Wo kommen nur die vielen Demokraten her,
Die heute uns belehren?
Wo haben sie das Wissen, die Erfahrung her,
Mit der sie uns bekehren?
Noch gestern war'n sie Nazis und sie schrieen ‚Heil‘ –
Demokratie war schaedlich –
Und heute sind sie ploetzlich ganz das Gegenteil
Und kommen uns sittlich-ländlich.
Sie sehen hinter jedem Busche die Gefahr,
Die sie selbst einmal waren,
Und sind der Freiheitsflamme Hüter am Altar
In seltsam bunten Scharen.
Es ist zum Lachen, wenn mit Pathos und Gewalt
Sie demokratisch lallen –
Gesinnungsritter von der traurigen Gestalt
Aus Adolfs Neu-Walhallen.
Wir hab'n das alles schon einmal gehoert –
Die Platte ist verdorben.
Die Armen, die Ihr einst mit diesem Lied betoert,
Die sind durch Euch gestorben.“

19 Ludwig Rosenberg: Das nennen sie nun „Demokratie“, in: Freie Presse, Bielefeld, 25. Oktober 1947.

20 Ludwig Rosenberg: Die Neu-Demokraten, AdsD, Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 102.

In dieser Auswahl heterogener Texte, für unterschiedliche Zwecke geschrieben und an unterschiedliche Zielgruppen gewandt, kommen die grundlegenden Einschätzungen über Entstehung und Ursachen des Nationalsozialismus zur Sprache. Entsprechend seiner politischen Prägung hob Rosenberg, der sich vor 1933 vorrangig in überparteilichen Organisationen wie der Jugendorganisation des Republikanischen Reichsbundes und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bewegt hatte, weniger die Bedeutung der gespaltenen Arbeiterbewegung – in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel mit jeweils zahlreichen Nebenabspaltungen – für den Sieg der Nazis hervor. Ein gemeinsames Vorgehen mit der Kommunistischen Partei blieb für ihn undenkbar. Vielmehr sah er – ohne jemals den tyrannischen Aspekt der Naziherrschaft zu ignorieren – im Scheitern der Demokratie letztlich einen Sieg der Dummheit. Den Befürwortern der Republik hingegen war es bei großen Teilen der Bevölkerung niemals gelungen, republikanisch-demokratisches Gedankengut auf eine ausreichend breite Grundlage zu stellen und langfristig zu verankern.

Rosenberg zitierte Heine, der erkannt hatte, dass Freiheit mehr war als Befreiung von Unterdrückung: „Bediente, die keinen Herrn haben, sind deshalb noch keine freien Menschen – die Dienstbarkeit ist in ihrer Seele!“ Was Rosenberg in den 1920er Jahren nach dem Ende des Kaiserreichs feststellen konnte, sah er auch nach dem militärischen Sieg über das nationalsozialistische Deutschland auf dem Hintergrund seiner eigenen Erlebnisse im Nachkriegsdeutschland bestätigt. In einem Zeitungsartikel für die Freie Presse in Bielefeld schilderte er im deutschen Alltag des Herbstes 1947 seine Erlebnisse als Bahnreisender mit ehemals glühenden Verfechtern des Nationalsozialismus:²¹

„Unter den vielen unerfreulichen Erscheinungen unserer Tage ist eine der unerfreulichsten das Verhalten der patentierten Patrioten aus dem Dutzendreich. Wer kennt sie nicht, diese ehemaligen Großredner, die vor jedem Bäckerladen und in jeder Straßenbahn allgemein belehrende Reden hielten, die in Haus und Fabrik alles und jeden bespitzelten, die jeden Ausländer und Fremdarbeiter als „faules Gesindel“ bezeichneten und die den unglücklichen Juden den billigen Fußtritt versetzten, wo immer sich dazu Gelegenheit bot? Sie waren ein geschlagenes Dutzend Jahre die „Herren“ unseres Landes, sie drohten bei jeder Gelegenheit mit KZ und Gestapo – kurzum sie waren strahlende Muster ihrer edlen Rasse: mutig, unerschrocken, zu jedem Opfer bereit, treu ihrer Ueberzeugung – Helden, wie sie sich der Pimpf in der HJ wohl vorstellte.

Unter ihrer braunen oder schwarz drapierten Brust wogte ein vor Vaterlandsliebe und Gemeinschaftsgeist übervolles Herz, in ihrem Knopfloch (und in jedem Anzug hatte man so ein Knopfloch) steckte stolz ihre Gesinnung, sie hing zum Fenster heraus, sie hing im Rahmen im Zimmer und Büro – sie begleitete sie bildlich und tatsächlich wie ein Fetisch überall.

Das muß man sich einmal vergegenwärtigen, wenn man heute in der Eisenbahn fährt, wenn man Spruchkammerverhandlungen beiwohnt, wenn man in Straßen und Gaststätten mit eben denselben Menschen spricht.

21 Ludwig Rosenberg: Seht sie euch an, die Helden mit Notausgang!, in: Freie Presse, Bielefeld, 13. September 1947.

Da sitzen sie in Zügen und reisen durch das ganze durch ihre Verbrechen unglückliche Land und machen Gott und die Welt für ihre Schuld verantwortlich. Und während der Zug über eine der wenigen Brücken rollt, die sie aus unerfindlichen Gründen vergessen hatten auch noch in die Luft zu sprengen, schimpfen sie auf die „Engländer, die alles verhungern lassen wollen“ und haben vergessen, wie sie einst ihrem Hermann zujubelten, als er sagte: „Wenn einer in Europa verhungern muß, werden wir es bestimmt nicht sein.“ Da reden sie von nationaler Würde und wie man „uns ausbeutet“ und – dann kommt ein Tommi in das Abteil und sie verstummen und der Tommi steckt sich eine Zigarette an und sie springen dazu, um ihm Feuer anzubieten, denn vielleicht gibt der sie ausbeutende Tommi ihnen eine Kippe ab – nationale Würde, fürwahr.

Und sie beschwerten sich, ob des heillosen „Unrechts“, was ihnen widerfährt. Denn es gibt wirklich manche, die durch die Spruchkammern dazu verurteilt wurden, zu arbeiten. Wie schrecklich – das hat man ihnen noch nie zugemutet! Da tun sie, als ginge die Welt unter, als stecke man sie in die Gasöfen von Auschwitz, als martere man sie in KZs, als stelle man ihre Mannhaftigkeit wirklich auf die Probe, um ihnen Gelegenheit zu geben, zu zeigen, dass sie glauben, was sie 12 Jahre in alle Welt geschrien, im Knopfloch getragen, aus dem Fenster gehängt und an die Wände geschmiert haben. [...]“

Rosenberg sah in diesen Stützen des untergegangenen Reiches aufgrund ihres würdelosen Verhaltens, ihrer Schuldzuweisung an andere, ihrer Unfähigkeit, Schuld und Verantwortung bei sich selbst zu erkennen, und ihres Aufspielens über Schwächere „Helden mit Notausgang“.²²

Emigrantenhetze

Zweifellos ereiferte sich Rosenberg in polemischer Art und Weise. Doch widerspiegelt sich darin nicht zuletzt auch eine unübersehbare Enttäuschung und Verbitterung, wie sie für viele Rückkehrer aus dem Exil kennzeichnend wurden. Mehr und mehr hatte man ihnen Ressentiments und Ablehnung entgegengebracht, auch in den Organisationen der politischen Arbeiterbewegung. Reagierte Rosenberg 1947 noch offen polemisch, so ließ auch er sich alsbald in die – wie Willy Brandt es nannte – „Verschwörung des Schweigens“ hineinziehen, in den Wunsch der Daheimgebliebenen, die Vergangenheit des Nationalsozialismus zu verdrängen.²³ Die Rückkehrer, in ihrem Wunsch, dazuzugehören, sich zu assimilieren, verschwiegen ihrerseits die Bedingungen, unter denen sie ins Exil gegangen und unter denen sie dort gelebt hatten. Doch verloren sie zugleich ihren Anspruch, in ihrem Handeln und

22 Ebd.

23 Zitiert bei Sven Papcke: Exil und Remigration als öffentliches Ärgernis. Zur Soziologie eines Tabus, in: Exilforschung 9 (1991), S. 21.

Denken eine moralische Autorität darzustellen. Die Phase der Tabuisierung des Exils, die in den 1950er Jahren begann, löste die polemische Phase der ersten Nachkriegsjahre ab.²⁴

Ohnehin waren die Debatten über die NS-Vergangenheit ins Leere gelaufen, sobald die Westdeutschen aus Staatsgründung und Wirtschaftswunder neues Selbstbewusstsein ziehen konnten.²⁵ Daher beschränkten sich die Rückkehrer pragmatisch auf Sachfragen und unterließen es, politische Grundsatzdebatten über den Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung zu initiieren, konnten die gegen sie wirkenden Ressentiments doch allzu leicht abgerufen werden. Auf beiden Seiten führte dies somit zu einer Tabuisierung des Exils – wie auch des Widerstands.

„Emigrant“ wurde zu einem durchweg negativ konnotierten Begriff.²⁶ Neben den beschriebenen, teils eher subtilen Formen ihrer Ablehnung, nach denen sie als Besserwisser und Moralisten beschimpft wurden, entlud sich von Zeit zu Zeit ein spürbarer „Volkszorn“ über sie, da sie als Helfershelfer der Alliierten galten und somit für Demontage, Entmilitarisierung und Entnazifizierung mitverantwortlich schienen. Eine neue, der Dolchstoßlegende nach dem Ersten Weltkrieg verwandte Sündenbock-Ideologie war entstanden, die dem Exil allen Ärger zuschob.²⁷ Gegen „Emigranten“ gerichtete Vorwürfe ließen sich damit auch trefflich politisch instrumentalisieren. So führte im Zuge des beginnenden Kalten Kriegs die SED eine Kampagne gegen die zurückgekehrten Sozialdemokraten in den Westzonen. Ausgerechnet Karl-Eduard von Schnitzler, selbst im Londoner Exil gewesen, begann Anfang 1948 im Berliner Rundfunk den ersten offenen Hetzangriff, zunächst gegen die „Geheimagenten um Dr. Schumacher“, sodass alsbald auch in der Bundesrepublik die Begriffe „Emigrant“ und „Agent“ gleichgesetzt wurden.²⁸ Rosenberg blieb von solchen Angriffen aus dem Umfeld der SED nicht verschont. Die „B[erliner] Z[eitung] am Abend“ nannte ihn Anfang der 1950er Jahre im Zusammenhang mit der Remilitarisierung der Bundesrepublik einen „Wallstreet-Agenten und Kriegshetzer“.²⁹ Rosenberg, nach kurzer Tätigkeit als Sekretär des Gewerkschaftsrates der

24 Marita Krauss: Die Rückkehr der „Hitlerfrischler“. Die Rezeption von Exil und Remigration in Deutschland als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1945, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 48 (1997), Heft 3, S. 154, S. 157.

25 Claus-Dieter Krohn: Einleitung. Remigranten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: ders./ Patrik von zur Mühlen (Hg.): *Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands*, Marburg 1997, S. 15.

26 Hans Georg Lehmann: *Rückkehr nach Deutschland? Motive, Hindernisse und Wege von Emigranten*, in: Krohn/von zur Mühlen: *Rückkehr*, S. 52.

27 Papcke: *Exil und Remigration*, S. 13, S. 20.

28 Jan Foitzik: Die Rückkehr aus dem Exil und das politisch-kulturelle Umfeld der Reintegration sozialdemokratischer Emigranten in Westdeutschland, in: *Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms „Exilforschung“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft*, Forschungsbericht, hrsg. von Manfred Briegel und Wolfgang Frühwald, Weinheim 1988, S. 269.

29 Zitiert nach dem Artikel: Männer, die sie hassen. Porträts deutscher Gewerkschaftsführer: Ludwig Rosenberg, in: *Telegraf (Berlin-West)*, *Wochenspiegel* Nr. 24, Juni 1954. Im gleichen Jahr richtete auch die westdeutsche kommunistische Presse einen diffamierenden Angriff gegen Rosenberg, als die *Volksstimme* (Nr. 70 vom 24. März 1954) aus Stuttgart titelte: „Rosenberg-Mythos in der DGB-Führung. Schwabenstreich eines jungen Gewerkschafters enthüllt: Hitlers «Mein Kampf» ist theoretische Grundlage der rechten DGB-Führer“.

vereinten Zonen in Frankfurt am Main inzwischen in den geschäftsführenden Bundesvorstand des im Oktober 1949 in München neu gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt und für die Auslandsabteilung zuständig, schwieg zu den Vorwürfen.

Bereits 1949 hatte Fritz Heine von einer gezielten „Anti-Emigrations-Kampagne“ gesprochen.³⁰ In der frühen Bundesrepublik hingegen spielte die „Emigration“ als Politikum kaum eine Rolle. Das änderte sich erst im November 1960, als Willy Brandt seine Kandidatur um die Kanzlerschaft bekannt gab. Im Zusammenhang mit den sich zuspitzenden polemischen Beschuldigungen gegen Brandt wurde sein Parteifreund Fritz Erler deutlicher, als er im Deutschen Bundestag das Wort von der „Emigrantenhetze“ prägte.³¹ In dieser Situation wurde es den Rückkehrern wieder möglich, von ihren Erlebnissen zu berichten.

So antwortete Rosenberg, der soeben in das Amt des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt worden war, im Dezember 1962 einer Gewerkschaftszeitung, der „Deutschen Post“, auf die Frage „Warum sind Sie zurückgekehrt?“ mit den Worten:

„Mein ganzes Denken und Tun war aus allen diesen Gründen darauf gerichtet, mit Gleichgesinnten mich auf den Tag vorzubereiten, wo wir wieder in unserer Heimat Recht und Gerechtigkeit verwirklichen konnten. Als dieser Tag kam, war es selbstverständlich, daß ich dorthin zurückkehrte, wo ich am besten meinen Idealen dienen konnte: nach Deutschland und in die freie, demokratische Gewerkschaftsbewegung. Es war keine schwere Entscheidung, die ich zu treffen hatte. Trotz allem Elend, das ich vorfand, war es seit 1933 der schönste Tag meines Lebens, als ich wieder in Deutschland arbeiten konnte.“³²

Rosenberg, der sich Mitte der 1960er Jahre heftigen Angriffen der rechtsextremen „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ ausgesetzt sah,³³ ging in die Offensive. Zugleich begann er jedoch, wie viele zurückgekehrte Exilanten, die Berichte über sein Handeln im Exil, über seine Motive zurückzukehren wie auch die Begleitumstände der Rückkehr selbst den Bedürfnissen der daheim gebliebenen und im Bombenhagel zur „Volksgemeinschaft“ geronnenen Mehrheitsbevölkerung anzupassen. So verschwieg er seinen Einsatz für den OSS und seine Propagandatätigkeit für die BBC. So leitete er seine Rückkehr und seinen alsbald erfolgten Aufstieg in die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes von einem Ruf Hans Böcklers ab, obschon dieser ihn erst im Herbst 1946 kennen gelernt hatte. So behauptete er, im hungernden Nachkriegsdeutschland allein von den Rationen gelebt zu haben, die jedem Deutschen zustanden, obschon er, wie die meisten Rückkehrer, regelmäßig Lebensmittelpakete einer Hilfsorganisation empfangen hatte.³⁴

30 Foitzik: Die Rückkehr aus dem Exil, S. 269.

31 Martin Mantzke: Emigration und Emigranten als Politikum in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 3 (1983), S. 24 ff.

32 Antwort auf die Weihnachtsumfrage der Deutschen Postgewerkschaft 1962, in: Deutsche Post 14 (1962), Heft 24, S. 666.

33 Vgl. dazu auch Mantzke: Emigration und Emigranten als Politikum, S. 27.

34 Am deutlichsten tritt diese Leugnung in Ludwig Rosenbergs Rede auf der Betriebsräte-Arbeitstagung der Deutschen Edelstahlwerke am 9. Mai 1970 in Duisburg-Wedau unter dem Titel „Leben für die

Seit seiner Rückkehr nach Deutschland litt Rosenberg unter den Defiziten in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Noch 1976, sieben Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Vorsitz des DGB und ein Jahr vor seinem Tod, äußerte er sich in einer Rezension³⁵ zu den Angriffen gegen die zurückgekehrten Flüchtlinge:

„Heute nach dreißig Jahren mag das ganz verschwunden sein. Ob es nicht gelegentlich doch wieder aufleben mag, ist leider nicht mit einem klaren Nein zu beantworten. Wo es opportun erscheinen könnte, einen politischen Gegner oder selbst einen Konkurrenten zu diffamieren, mag es unter bestimmten Umständen auch noch jetzt als ‚geeignetes‘ Mittel mindestens der Flüsterparolen denkbar sein. Das ist um so mehr erschreckend, als in unserem Lande politische Emigranten, die der kommunistischen Diktatur entronnen sind, wie Helden gefeiert werden.“

Ob Rosenberg selbst, wie es die Äußerung nahe legt, im DGB solchen Angriffen ausgesetzt war oder ob er vom Hörensagen spricht, lässt sich nicht feststellen.³⁶ Doch unschwer lässt sich die Enttäuschung eines politisch denkenden Menschen erkennen, der sich spätestens seit den 1940er Jahren streng an der Totalitarismustheorie ausrichtete, nach deren landläufiger Auslegung Hitler-Diktatur und DDR-Regime gleichzusetzen seien, und der sich angesichts der Glorifizierung der SED-Gegner in der Bundesrepublik als Hitlerflüchtling zurückgesetzt fühlte. Im Grunde beklagte sich Rosenberg über die geringe Wirkungsmächtigkeit des Exils im politischen, ökonomischen, sozialen und sozialmoralischen Alltag der Bundesrepublik.

Mit seinem Engagement für die Gewerkschaften verfocht Rosenberg zeit seines Lebens das Ziel, die Bürgergesellschaft auszudehnen, als Konsequenz aus der Erkenntnis, dass es der Weimarer Republik an Demokraten und vor allem an entschiedenen Verfechtern der Demokratie gemangelt habe, auch aus einem sozialreformerischen Geist gegenüber der Arbeiterschaft heraus. Neben einer auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zielenden Sozialpolitik diene vor allem Bildung diesem Zweck. Sie nahm – wie im Vorangegangenen dargestellt – in Rosenbergs Denken immer einen erheblichen Stellenwert ein. Eine umfassende Bildung erst lasse die Arbeitnehmer zu Kulturbürgern und zu vollwertigen Staatsbürgern reifen, „die im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht nur Rechte haben, sondern auch die Pflicht, mitzudenken, mitzureden und die Gesellschaft mitzugestalten“.³⁷

Freiheit“ zu Tage, in: AdsD, Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 74.

35 Ludwig Rosenberg: Der Ungeist wirkt bis in unsere Zeit. Emigrantenschicksal am Beispiel Willy Brandt, in: *Welt der Arbeit*, 5. November 1976 (Rezension zu Hans Georg Lehmann: *In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*, München 1976).

36 Der Emigrantenvorwurf war längst zu einer Waffe im Kampf gegen unliebsame Konkurrenz geworden. Foitzik, *Die Rückkehr aus dem Exil*, S. 269, sieht in ihm denn auch zu Recht einen „spezifische[n] Ausdruck der politischen Elitenkonkurrenz“, einen „Indikator für die Bedeutung der politischen Remigration in der Entwicklung der Bundesrepublik“.

37 *Akademie Kontakte der Kontinente* (Hg.): Ludwig Rosenberg. *Menschen unserer Zeit, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, Wirtschaft und der Politik*, Zürich 1967, S. 12.